



COVID-19: HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE EUROPÄISCHE SICHERHEIT UND AUSGEWÄHLTE KRISENREGIONEN

Wenngleich das unmittelbare Krisenmanagement von COVID-19 aktuell im Vordergrund steht und der Fokus auf den epidemiologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen liegt, so müssen auch die sicherheitspolitischen Folgen dieser Pandemie auf nationaler wie internationaler Ebene im Auge behalten werden. Diese sind noch nicht abschließend zu bewerten, sie dürften aber gravierend und langanhaltend sein. Die Experten des IFK versuchen in einer ersten Analyse verschiedene Szenarien, erste Trends und mögliche Auswirkungen der Pandemie auf das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement in relevanten Regionen zu beschreiben.

Trends und Fragestellungen für die internationale Sicherheit nach COVID-19

Die Folgen der Pandemie für die internationale Sicherheit und das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM) sind abhängig vom generellen Post-Corona-Entwicklungsszenario, das grundsätzlich in drei Richtungen verlaufen kann: Das wahrscheinlichste strategische Szenario ist die *Fortsetzung* jener Entwicklungen, die bereits vor dem Ausbruch der Pandemie erkennbar waren. Das hieße eine anhaltende konfrontative Multipolarität, eine weitere Schwächung internationaler Organisationen und des Systems des Multilateralismus sowie ein sicherheitspolitisch um seine Handlungsfähigkeit ringendes Europa und eine Verschärfung der regionalen Konflikte rund um Europa. Für den Fall, dass COVID-19 zu einem Zusammenrücken der internationalen Staatengemeinschaft führt, wäre in einem positiven Szenario von einer *kooperativen internationalen Ordnung* mit gestärkten Institutionen und erhöhter Zusammenarbeitsbereitschaft auch bei der Lösung internationaler Konflikte zu rechnen. Historische Erfahrungen sprechen eher gegen zu viel Optimismus. Im *Worst-Case* käme es Post-Corona zu einem neuen Kalten Krieg zwischen den USA und China sowie deren Verbündeten und einer massiven Re-Nationalisierung nahezu aller

Politikfelder mit negativen Konsequenzen auch für das IKKM. Entscheidend für die weitere Entwicklung werden neben dem konkreten weiteren Verlauf der Pandemie (Dauer und Intensität) insbesondere das politische Leadership der handelnden Akteure und die wirtschaftliche Erholung des Westens sein.

Darüber hinaus gilt es zu bedenken, dass unabhängig von COVID-19 die strukturellen Herausforderungen wie die global-strategische Konfrontation zwischen USA und China, die regionalen Konflikte und auch die innerstaatlichen Sicherheitsrisiken wie Cyber, Blackout, Migration oder Terrorismus bestehen bleiben bzw. durch die Pandemie sogar noch verschärft werden könnten.

Noch finden die meisten internationalen Krisenmanagement-Einsätze vornehmlich an der Peripherie der Pandemie statt. Das wird sich mit der erwarteten Ausbreitung vom reichen Norden auf die Länder des armen Südens ändern. Dann werden sich auch die konkreten Auswirkungen auf die

regionale Sicherheit und das IKKM zeigen. Dabei werden insbesondere nachstehende Aspekte zu beurteilen sein:

1. Wird COVID-19 zu einer substantiellen Erhöhung der Vulnerabilität in den konfliktbehafteten Regionen und Staaten infolge schwacher Institutionen, reduzierter grenzüberschreitender Kooperation, hohem Verbreitungsrisiko in Flüchtlingscamps und geringer staatlicher Handlungsfähigkeit führen?
2. Verändern sich Konflikt dynamiken vor Ort? Sind Versuche einer politischen Instrumentalisierung der Krise durch regionale und externe Akteure zu erkennen?
3. Werden lokale Akteure unter dem Prätext der Viruseindämmung versuchen, die Handlungsfreiheit internationaler Kräfte und Mandatsimplementierung einzuschränken?
4. Gibt es kurz-, mittel-, langfristig eine Änderung bei Bedarf, Konzeption und Akzeptanz (etwa gegenüber Soldaten aus COVID-Schwerpunktländern) von IKKM-Einsätzen?
5. Wird es wegen der erhöhten Beitragsleistungen auf nationaler Ebene und infolge der erwartbaren Kürzungen in den Verteidigungsbudgets zu einer substantiellen Reduzierung in der Truppenbereitstellung durch westliche Staaten kommen? Werden andere Länder diese Lücken kompensieren?
6. Sind Anpassungen in der Mandatierung internationaler Einsätze erforderlich? Soll etwa das Aufgabenprofil erweitert werden und verstärkt auch humanitäre und sanitätsdienstliche Unterstützungsleistungen umfassen?
7. Wie kann man durch kurzfristige Anpassungen in der Einsatzführung den Truppenschutz erhöhen und gleichzeitig die Mandatserfüllung zumindest in den Kernbereichen sicherstellen?

Erste erkennbare Trends weisen in nachstehende Richtung:

- Es kommt zu einer Verlagerung des Fokus der westlichen Staaten auf nationale Sicherheitsaufgaben bei gleichzeitigem Versuch ihre laufenden internationalen Einsätze zumindest vorläufig auf möglichst hohem Niveau fortzusetzen.
- Es werden unmittelbare Anpassungen in der Einsatzführung vor Ort und Maßnahmen zur Erhöhung des Truppenschutzes und der Sicherstellung militärischer Logistikketten angeordnet.
- Erste Forderungen nach neuen Konzepten werden lanciert wie z.B. Re-Aktivierung der Idee rasch verfügbarer und hochspezialisierter „Weißhelm“-Truppen für internationale humanitäre Einsätze aufzustellen, um das traditionelle Blauhelm-Profil zu ergänzen.
- Die Bedeutung der strategischen Kommunikation seitens der internationalen Truppen steigt und ein verstärktes Vorgehen gegen Desinformationskampagnen kann notwendig werden.

Die letzten Treiber für ein verstärktes internationales Engagement waren der Kampf gegen den Terrorismus sowie die Ursachenbekämpfung von Migration. Zukünftig sollte die frühzeitige Suppression von Pandemien durch Stärkung der Resilienz von Krisenstaaten und die Verbesserung der humanitären und gesundheitlichen Krisenreaktionsfähigkeit im Rahmen der Weiterentwicklung des IKKM forciert werden, denn es werden weitere Pandemien kommen.

Vor dem Hintergrund dieser strategischen Rahmenbedingungen werden im Anschluss die aktuellen Entwicklungen in den für Österreich relevanten Krisenregionen einer ersten Analyse unterzogen.

*Generalmajor Dr. Johann Frank,
Leiter IFK*

Entwicklungen am Westbalkan

Im Vergleich zu Österreich verbreitete sich COVID-19 in den Westbalkanstaaten mit ein- bis zweiwöchiger Verspätung. Mitte März wurde die Krankheit von allen sechs Ländern als hohes Risiko eingestuft. Die meisten Regierungen riefen deshalb den Ausnahmezustand aus, um ein „italienisches Szenario“ zu verhindern. Die getroffenen Maßnahmen umfassen umfangreiche Reisebeschränkungen, Grenzschließungen, Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Quarantänemaßnahmen sowie die temporäre Schließung von Schulen, Universitäten und nicht lebensnotwendigen Geschäften. Vermehrte Sozialausgaben und finanzielle Unterstützungen stellen eine schwere Belastung für die ohnehin schwach dotierten Staatshaushalte dar. Verstöße gegen die Maßnahmen werden mit hohen Geldstrafen und in gravierenden Fällen mit Gefängnis geahndet. Serbien sowie Bosnien und Herzegowina (BuH) setzen die Streitkräfte für den Aufbau von Quarantänelagern ein.

Anfang April waren etwa 4.000 der rund 17 Mio. Einwohner des Westbalkans infiziert. Über hundert Personen sind bisher verstorben. Am stärksten waren Serbien und BuH von COVID-19 betroffen. Die geringsten Infektionszahlen wiesen Kosovo und Montenegro auf. Aufgrund der geringen Zahl an Testungen muss aber durchwegs von einer hohen Dunkelziffer und schnellen Verbreitung des Virus ausgegangen werden. Die staatlichen Kontrollmaßnahmen beschränken sich überwiegend auf die urbanen Gebiete, während ländliche Gebiete von den Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus kaum oder gar nicht erfasst sind.

Auswirkungen im regionalen Kontext

Die Vorkehrungen für das Virus haben die ohnehin schwierige regionale Kooperation fast vollends zum Erliegen gebracht. Insbesondere die rigorose Grenzschließung Serbiens für den gesamten Personenverkehr hat die Rückkehr eigener Staatsbürger erschwert und zu internationaler Kritik

geführt. In BuH könnte sich die starke Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung (zwei Entitäten, ein Sonderdistrikt, zehn Kantone) mit getrenntem Krisenmanagement und schwacher Koordinierung im Falle eines exponentiellen Anstiegs der Infizierten zu einem wesentlichen Hindernis bei der Krisenbewältigung entwickeln. Eine weitere Herausforderung stellen 2.500 Migranten dar, die sich in BuH außerhalb der Flüchtlingszentren aufhalten und keiner Pandemiekontrolle unterliegen. Als direkte Auswirkung von COVID-19 werden die für April angesetzten Parlamentswahlen in Serbien und Nordmazedonien auf unbestimmte Zeit verschoben. Zivilgesellschaftliche Gruppen befürchten, dass die derzeitigen Notstandsmaßnahmen autoritäre Tendenzen auch nach der Krise stärken werden.

Im Kosovo haben regierungsinterne Konflikte über den Umgang mit COVID-19 zu einem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen die knapp zwei Monate alte Regierung von Albin Kurti geführt. Die Bevölkerung reagiert auf diese politische Krise mit Unverständnis und großer Verunsicherung. Auffällig ist, dass die Abstimmung von der EU kritisiert, von Vertretern der US-Regierung, die in Kurti ein Hindernis für einen „schnellen Deal mit Belgrad“ sehen, aber begrüßt wurde. Dieser Umstand verdeutlicht wie uneins „der Westen“ noch immer in zentralen Fragen der Balkankonsolidierung ist.

Es überrascht folglich nicht, dass der Präsident des EU-Kandidatenlands Serbien, Aleksandar Vučić, öffentlich die Solidarität innerhalb der EU zunächst als „Märchen auf dem Papier“ bezeichnete und im Kampf gegen COVID-19 hauptsächlich auf chinesische Unterstützung setzt. Einer solchen negativen Perzeption versuchte die EU mit dem „grünen Licht“ für die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien (25.3.) entgegenzutreten. Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi kündigte 38 Mio. Euro als Soforthilfe für die Pandemiebekämpfung am Westbalkan an. Weitere 374 Mio. Euro sind für die erwartbaren ökonomischen Verluste vorgesehen.

Die Friedenstruppen EUFOR und KFOR in BuH und Kosovo erfüllen auch weiterhin das volle Spektrum ihrer operativen Aufgaben bei Einhaltung verstärkter Vorsichtsmaßnahmen. Dazu gehört die Einhaltung von Quarantänebestimmungen bei der laufenden Rotation von 200 österreichischen KFOR-Soldaten Ende März/Anfang April.

Ableitungen

- Es muss am Westbalkan von steigenden Zahlen an COVID-19-Infektionen ausgegangen werden, welche die fragilen Gesundheits- und Sozialsysteme ernsthaft gefährden könnten.
- Aus humanitären Gründen, aber auch wegen der Glaubwürdigkeit der europäischen Integrationspolitik ist eine vollumfängliche Einbeziehung des Westbalkans in das EU-Krisenmanagement gegen COVID-19 unbedingt notwendig.
- BuH benötigt die Unterstützung der EU zur Bewältigung der Migrationsproblematik unter gefährlichen COVID-19-Bedingungen.
- Die aktuelle Regierungskrise im Kosovo erfordert ein proaktives Engagement der EU und eine abgestimmte Kosovo-Politik der EU und der USA.
- Mit der Aufhebung von Handelstarifen für Waren aus BuH und Serbien durch die kosovarische Übergangsregierung könnten Anfang April bessere Voraussetzungen für spätere politische Verhandlungen zw. Belgrad und Prishtina/Priština geschaffen worden sein. Allerdings wird ein freier Warenverkehr von kosovarischer Seite von einem „reziproken“ Verhalten Serbiens abhängig gemacht.

Predrag Jureković

Entwicklungen in Osteuropa, Schwarzmeerraum und Südkaukasus

In Russland wurden Maßnahmen gegen COVID-19 ab Ende Februar schrittweise und regional unterschiedlich verschärft. Am 12.3. erließ Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin Einschränkungen des öffentlichen Lebens, während Präsident Putin ähnliche Maßnahmen für ganz Russland erst am 19.3. ankündigte. Ende März wurden schließlich in fast allen Regionen Ausgangsbeschränkungen angeordnet. Um diese Maßnahme zu unterstützen, erklärte Putin am 27.3. eine Woche landesweiten, bezahlten Urlaubs und verlängerte diesen bereits bis Ende April. Am 6.4. wurden über 6.300 Infizierte, davon fast 4.500 in Moskau, und 47 Todesfälle gemeldet.

Die Ukraine setzte bereits Ende Februar auf Präventionsmaßnahmen. Die Regierung verfügte schließlich am 12.3. erste Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Kiew suchte um internationale Hilfe an. Am 17.3. wurden die Ausgangsbeschränkungen verschärft und kurz darauf die Übergänge entlang der Kontaktlinie im Donbass geschlossen. Auch die Separatisten schlossen ihre Checkpoints und verhängten erste Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Anfang April gab es in der Ukraine über 1.300 Infizierte und 38 Tote. Auch die Separatisten meldeten die ersten Infektionen.

Mit Ausnahme von Georgien, das bereits seit Februar ein effektives Krisenmanagement gegen die Ausbreitung von COVID-19 unternimmt, wurden in Moldau/Transnistrien und im Südkaukasus annähernd zeitgleich mit anderen EU-Ländern die gängigen Schutzmaßnahmen getroffen. Die sehr restriktiven Maßnahmen trugen bis dato dazu bei, die Situation unter Kontrolle zu halten. Dennoch führte Abchasien noch am 22.3. die vorgezogenen „Präsidentschaftswahlen“ durch und in Berg-Karabach rief man noch am 31.3. auf, „Präsident“ bzw. „Parlament“ zu wählen. Nach offiziellen Angaben vom 5.4. lag die Zahl der Infizierten in Moldau im höheren dreistelligen Bereich und im Südkaukasus bei rund 1.500.

Der Zustand der Gesundheitssysteme in der Schwarzmeerregion und im Südkaukasus ist, insbesondere in den ländlichen Regionen, als sehr fragil zu bezeichnen. In Transnistrien, Abchasien und Südossetien sowie Berg-Karabach ist die medizinische Versorgung durch die jahrelange Isolation stark eingeschränkt.

Auswirkungen im regionalen Kontext

Die ökonomischen Folgen werden alle Länder der Region hart treffen. Das russische Budget kann einen Ölpreis unter 30 USD kurz- bis mittelfristig gut verkraften, trotzdem wird für das Jahr 2020 eine deutliche Rezession prognostiziert. Trotz der Staatsreserven von über 570 Mrd. USD kann Präsident Putin Experten zufolge wegen der westlichen Sanktionen keine so umfangreichen wirtschaftlichen Unterstützungsleistungen wie z. B. Österreich setzen.

Auch das ukrainische Wirtschaftsministerium erwartet für 2020 eine Schrumpfung der Wirtschaft von -3,9% des BIP. Von den humanitären Auswirkungen der Krise ist vor allem der Donbass betroffen. Die medizinische Versorgung ist durch die andauernden Kämpfe beiderseits der Kontaktlinie stark eingeschränkt. Kiew kündigte daher Hilfslieferungen nach Donezk und Luhansk an, denn man wolle seine „Verantwortung für alle Bürger“ wahrnehmen. Die Sonderbeobachtermission der OSZE führt ihre Arbeit bestmöglich fort. Ihre Bewegungsfreiheit wird aber durch geschlossene Checkpoints an der Kontaktlinie und in den „Volksrepubliken“ wesentlich eingeschränkt. Am 11.3. beschlossen Vertreter der Ukraine und der Separatisten in Minsk erste Schritte zu direkten Gesprächen über eine Konfliktlösung. Durch COVID-19 war die innenpolitische Reaktion zunächst weniger heftig als anzunehmen, trotzdem musste Kiew zurückrudern und verschiebt den Abschluss der Gespräche bis auf Weiteres.

In Moldau sind einschneidende Folgen für die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung zu erwarten, die Abschottung trifft Transnistrien jedoch noch härter.

Die Rückkehr von zahlreichen Arbeitsmigranten erhöht das Risiko von Armut, sozialem Unfrieden sowie Kriminalität in Moldau und kann die politisch ohnehin instabile Situation weiter befeuern. Die abgeschottete Wirtschaft Armeniens wird wohl stärker leiden als die anderer Kaukasusländer. Die EU kündigte am 30.3. an, die sechs Länder der Östlichen Partnerschaft mit insgesamt 140 Mio. Euro zu unterstützen.

In Transnistrien zeigten sich auch positive Tendenzen, indem trotz mangelnden Vertrauens und eines stockenden Streitbeilegungsprozesses manche Schritte im Krisenmanagement koordiniert wurden. Die georgischen Hilfsangebote an Abchasien und Südossetien sowie die Aufnahme von COVID-19-Verdachtsfällen können als vertrauensbildende Maßnahme gesehen werden. Im militärisch geführten Konflikt um Berg-Karabach musste die OSZE ihre temporären Monitorings wegen diverser Reisebeschränkungen einstellen. Insbesondere im nördlichen Sektor der armenisch-aserbaidschanischen Grenze kam es zu mehreren Zwischenfällen, bei denen auch Zivilisten verwundet wurden. Unmittelbare Auswirkungen durch COVID-19 auf die genannten Konflikte sind jedoch derzeit wohl nicht zu erwarten.

Ableitungen

- Bis dato gelang es den einzelnen Regimen die unmittelbare Krise unter Kontrolle zu halten. Inwiefern die wirtschaftlichen Folgen die politischen Systeme belasten werden, bleibt abzuwarten.
- Um die humanitären Folgen in der Ukraine, insbesondere im Donbass, zu reduzieren, braucht es mehr internationale Unterstützung für bestehende Programme des *UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*.
- Die Vorstöße des ukrainischen Präsidenten Selenski zu einer direkten Konfliktlösung mit den Separatisten werden nach der Krise wohl verstärkten innenpolitischen Gegenwind erfahren.

- Die in der EU-Globalstrategie 2016 angestrebte Stärkung der Resilienz des EU-Umfeldes wird nun mehr denn je unter Beweis gestellt werden müssen.
- Das Internationale Krisenmanagement fokussiert derzeit auf zwei vordringliche Aufgaben: Konfliktprävention und Linderung der humanitären Auswirkungen der COVID-19 Krise. Die diversen Gesprächsformate können vorerst nur digital fortgeführt werden.

Christoph Bilban, Hans Lampalzer

Entwicklungen im Iran, Irak und in der Türkei

Die COVID-19 Pandemie traf die Türkei, den Irak sowie den Iran zu unterschiedlichen Zeitpunkten, sodass das Ausmaß der Erkrankungen in den beiden Staaten noch nicht verglichen werden kann. Sehr wohl lassen sich aber die Art und Weise, wie die Machthaber in Ankara und Teheran mit der Krise umgehen, gegenüberstellen.

Die Islamische Republik Iran wurde Anfang 2020 zu einem Zeitpunkt von der Pandemie getroffen, als sie eine ihrer größten Krisen durchmachte. Innenpolitisch scheiterte die Reformpolitik Ruhanis, die durch die Integration des Irans in die Weltwirtschaft hätte finanziert werden sollen, an den US-Sanktionen. Dadurch verlor Ruhanis politisches Lager Ansehen in der Bevölkerung und Einfluss im politischen System des Landes. Die desaströse Katastrophenhilfe durch die Revolutionsgarden bei Natur- und Umweltkatastrophen, Korruptionsskandale und vor allem der irrtümliche Abschuss der Fluges PS 752 am 8.1. verstärkten den allgemeinen Ansehens- und Legitimitätsverlust des Regimes. Letzten Endes reagierten die Behörden zu spät mit der Sperrung des öffentlichen Lebens. So sollte die Durchführung der Revolutionsfeierlichkeiten und der iranischen Parlamentswahlen Normalität suggerieren. Kritik wurde von den Behörden zurückgewiesen, indem Regierungsvertreter den USA eine Teilschuld

zuwiesen, weil sich westliche Firmen sanktionsbedingt scheuen, dringend benötigte medizinische Güter zu verkaufen. Das halbherzige Verhalten der EU in dieser humanitären Krise irritierte Regierung und iranische Öffentlichkeit gleichermaßen und schwächt die Position der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Teheran. Ob der Iran mit der Krise schlechter umging als andere Staaten, wird sich aufgrund staatlicher Intransparenz und internationaler Polemik kaum klären lassen.

Auswirkungen im regionalen Kontext

Irans innenpolitische Schwächen kontrastieren mit seinem Engagement in der Region. Teheran betrachtet seine Präsenz in Syrien, Libanon und im Irak und den Kurdengebieten als in ideologischer und in strategischer Hinsicht so essenziell, dass trotz der Coronakrise keine Veränderung zu erwarten ist. Besonders kritisch ist die Lage im Irak, der eine schwere Systemkrise durchlebt, die das Land beinahe unregierbar macht. Erschwert wird die dortige Situation durch die iranisch-amerikanische Konkurrenz. Es zerschlug sich nämlich die Hoffnung, dass die lose Anti-IS-Kooperation zwischen US-geführten Truppen, irakischer Armee, KRG-Peshmergas und den vom Iran unterstützten Volksmobilisierungseinheiten (VME) zu einem deeskalierenden Neben- oder gar Miteinander pro-iranischer Kräfte mit den USA führen könnte. Vielmehr sind die laufenden Maßnahmen zur Ertüchtigung der irakischen Armee im Zuge der Operation *Inherent Resolve* gegen die geschätzt 140.000 Mann starken VMEs gerichtet und unübersehbar Teil eines Plans, den Iran aus der Region zurückzurollen. Allgemein ist eine Konfrontation zwischen VME und amerikanischen Kräften möglich, hängt aber letztendlich vom Willen der amerikanischen Entscheidungsträger ab, aufs Ganze zu gehen. Das Coronavirus scheint weitere Eskalationen vorerst aufgeschoben zu haben. So kündigten einige schiitische Elemente der VME die Errichtung von Feldspitälern an, während einige europäische Staaten den Abzug ihrer Truppen aus dem Irak erwägen.

Ähnliches kann für die Türkei und ihr Engagement in Syrien, Irak und Libyen postuliert werden. Zum einen, weil das Gros der militärischen Dislozierung gegen die PKK gerichtet ist, zum anderen, weil die Situation in Idlib und in Libyen weniger als Machtprojektion, sondern als Management der zuvor selbst geförderten dschihadistischen Gruppen zu verstehen ist. Aus europäischer Sicht ist vor allem das türkische Engagement in Libyen kritisch zu sehen – einerseits, weil die Absichten Ankaras nicht klar sind, andererseits, weil die europäische Uneinigkeit in Libyen der Türkei in die Hände spielt: es existieren Interessenskonvergenzen mit einem Mitgliedsstaat (Italien) und scharfe Konkurrenz zu einem anderen (Frankreich). Damit können weder Ankara noch Teheran – selbst bei vorhandenem politischen Willen – ihre Positionen nicht ohne großen Prestigeverlust aufgeben.

Ähnlich wie im Iran traf das Coronavirus in der Türkei auf ein System, das zusehends an Ansehen in der eigenen Bevölkerung verliert. Dieser Trend setzt sich aufgrund innenpolitischer Schwierigkeiten, z. B. der durch Eigenverschulden kränkelnden türkischen Wirtschaft, dem Mangel an Demokratie und dem Umgang mit der Coronapandemie, fort. Außerdem wurden gleich wie im Iran notwendige Maßnahmen wie der Aufruf zur sozialen Distanzierung zu spät getroffen. Verärgert zeigte sich die türkische Öffentlichkeit über den Umgang der Behörden mit rückkehrenden Pilgern aus Mekka, die ohne medizinische Untersuchung ungehindert in ihre Provinzen weiterfliegen konnten. Die Schließung von Moscheen fand dann doch ohne größere Probleme statt. Die türkische Zivilgesellschaft befürwortet zwar die Maßnahmen der Regierung, ist sich jedoch der Ironie der Situation angesichts der Beschränkung der sozialen Kontakte bewusst. Das Verhängen von Ausgangssperren wird nämlich gemeinhin als Teil der militaristischen Vergangenheit des Landes wahrgenommen. Das dürfte auch Erdoğan so sehen, der bisher auf den Einsatz des Militärs im Rahmen der Coronakrise verzichtet. Davon abgesehen zeigte Erdoğan wenig Initiative.

Erst als die oppositionellen Bürgermeister in Istanbul und Ankara in Sachen Corona aktiv wurden, konterte der Präsident mit einer populistischen Spendenkampagne unter dem Titel „wir genügen uns selbst“ (*biz bize yeteriz*). Mit den so eingesammelten Geldern sollen aufgrund von COVID-19 in Not geratene Bürger unterstützt werden.

Ableitungen

- Grundsätzliche Kursänderungen durch Ankara und Teheran sind weder außen- noch innenpolitisch zu erwarten. In beiden Ländern ist die politische Lagerbildung zu festgefahren und der Handlungsspielraum der Opposition zu gering, als dass sie in Sachen Corona-Management punkten könnte. Zwar werden die eigentlichen Machthaber Erdoğan und Khamenei angesichts der befürchteten hohen Todeszahlen unter Druck geraten, doch beide haben die Medien und den Staatsapparat fest im Griff.
- Eine Konfrontation zwischen den USA und iranischen Verbündeten im Irak bleibt möglich. Daher wäre es aus europäischer Sicht notwendig, die eigene Haltung zur de-facto Mandatsverschiebung weg vom Kampf gegen den IS hin zum strategischen Roll-Back Teherans in der Region zu überdenken. Damit einhergehend wird die EU nicht umhin kommen, ihr Verhältnis zum Iran und zur amerikanischen Iranpolitik einer Neubeurteilung zu unterziehen.
- Die Inflexibilität der beiden halbautoritären Staaten zeigt sich am Umgang mit den Gefängnissen: politische Gefangene wie Salahettin Demirtaş in der Türkei oder die zahlreichen Doppelstaatsbürger im Iran bleiben weiterhin in Haft, während Kriminelle vorzeitig entlassen werden. In Krisenzeiten zeigen solche Regierungen immer wessen Geistes Kind sie sind.

Walter Posch

Entwicklungen in der Golfregion und der Levante

COVID-19 betrifft seit einigen Wochen auch die Staaten des Nahen- und Mittleren Ostens. Im Golfraum sind vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Katar, Bahrain und Saudi-Arabien betroffen. Die VAE setzten dabei als erste zu Österreich analoge Maßnahmen, die übrigen Staaten zogen nach. Als besonderes Risiko gilt die hohe Zahl an ausländischer Arbeitnehmer. Katar geht besonders restriktiv mit seinen vorwiegend indischen und pakistanischen Arbeitskräften um. Wegen rigoroser Ausgangssperren sind dort etwa zwei Millionen Gastarbeiter in 32 Großlagern für mehrere Wochen interniert. In Bahrain wurden rund 800 Arbeiter unter Quarantäne gestellt. Saudi-Arabien öffnete sein Gesundheitssystem für ausländische Fachkräfte.

In der Levante reagierte Israel, wo aufgrund der internationalen Vernetzung seiner Gesellschaft früh die ersten Erkrankungen verzeichnet wurden, besonders schnell. Es verhängte neben international üblichen Einschränkungen v.a. Einreiseverbote aus betroffenen Staaten und veröffentlichte eine Vielzahl an Indikatoren, gemäß denen eine Selbstquarantäne notwendig ist.

Syrien meldete am 29.3. den ersten Todesfall wegen COVID-19. Aufgrund der schlechten Gesamtlage ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich steigende Infektionszahlen konkret auf die Bevölkerung auswirken. In den regierungstreuen Provinzen wurde vorerst mit Schulschließungen und Einschränkungen im öffentlichen Verkehr reagiert.

Auswirkungen im regionalen Kontext

Der Nahe und Mittlere Osten ist überwiegend nicht ausreichend auf COVID-19 vorbereitet, die exponentielle Ausbreitung daher nur eine Frage der Zeit. Die Golfstaaten sind aber grundsätzlich besser gerüstet als die arabischen Staaten der Levante.

In Israel erfolgt Ministerpräsident Netanyahu entschlossenes Handeln nicht ohne

Eigennutz. Korruptionsvorwürfe werden in den Hintergrund gedrängt und die fehlende politische Mehrheit seiner Fraktion in der Knesset kaschiert. Dies brachte Bewegung in die Koalitionsverhandlungen. Die Bildung der Regierung mit seinem Herausforderer ist klar dem Notstand geschuldet. Dies steht diametral zur Lage in den Palästinensergebieten. Dort sind politische Führung und administrative Strukturen ungenügend auf COVID-19 vorbereitet.

Ableitungen

- In den Golfstaaten sind aktuell vorrangig Gastarbeiter, die nur eingeschränkt Zugang zu den Gesundheitssystemen haben, betroffen. COVID-19 wirkt sich vor allem wirtschaftlich massiv aus. Zusätzlich zum von Saudi-Arabien hervorgerufenen Ölpreisverfall verschärft Corona die Wirtschaftskrise durch den Ausfall des Tourismus und die vollständige Einstellung der Bautätigkeiten.
- In Israel kalkuliert Netanyahu bei Fortdauer der Krise mit einer Popularitätssteigerung. COVID-19 hat daher besonders eine innenpolitische Dimension. Israels Gesundheitssystem beherrscht grundsätzlich die Problematik.
- In der Westbank und im Gaza-Streifen ist hingegen mit hohen Fallzahlen zu rechnen. Eine Verschärfung der allgemeinen Lage im israelisch-palästinensischen Konflikt ist bei Zunahme der Fallzahlen in den Palästinensergebieten erwartbar.
- In Syrien wird es in den umkämpften Gebieten, den Flüchtlingslagern und im türkisch-syrischen Grenzgebiet zu massiven Auswirkungen auf die Bevölkerung kommen. Wie diese Situation die militärischen Aktivitäten beeinflussen wird, ist zurzeit nicht absehbar. Mit Konzentration der Sicherheitskräfte auf die zivilen medizinischen Einrichtungen und der damit verbundenen Fokussierung der staatlichen Ordnung auf die Ballungszentren ist eine Be-

wegungsfreiheit für dschihadistische Gruppen in den übrigen Landesteilen erneut möglich. Dies wird u. a. konfliktverschärfend wirken.

- Das internationale Krisenmanagement und die damit in der Region engagierten internationalen Institutionen (VN, u.Ä.) werden mit einem zunehmend volatileren Missionsumfeld bei gleichzeitiger Verschärfung der humanitären Lage konfrontiert sein. Letztere stellt möglicherweise einen Auslöser für eine neuerliche Migrationswelle dar.

Stephan Reiner

Entwicklungen in Afrika

Die Anzahl der COVID-19 Fälle steigt in den meisten afrikanischen Staaten an, von denen Daten zur Verfügung stehen. Nach derzeitiger Datenlage liegen diese bei der Anzahl der Infektionen in etwa 10 bis 14 Tage hinter Österreich. Allerdings sind für Länder, die sich in Krisen- oder Konfliktsituationen befinden, wie Libyen, Mali oder Südsudan nur sehr begrenzt valide und reliable Daten verfügbar. Mit Stand 5.4. haben 43 der 55 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union (AU) ihre Grenzen geschlossen, sieben die internationalen Flüge eingestellt, drei Beschränkungen bei der Ein- und Ausreise und zwei weitere Einreisebeschränkungen für Reisende aus spezifischen Staaten erlassen.

Aufgrund der sich dynamisch entwickelnden Situation werden auch in Afrika drastische Maßnahmen zur Beschränkung des öffentlichen Lebens gesetzt. Besonders jene Staaten, die von den Einnahmen aus Tourismus und dem Export von Erdöl oder Edelmetallen abhängig sind, befinden sich in einer prekären Situation. Alleine in Nigeria sollen Einnahmen von über 15 Mrd. US-Dollar aus dem Ölverkauf fehlen.

Auswirkungen im regionalen Kontext

Länder mit Erfahrung im Umgang mit Epidemien wie Ebola haben relativ rasch Maßnahmen zur Eindämmung (Informationskampagnen, Testungen, Ausgangsbeschränkungen) gesetzt. Neben innovativen Ideen wie dem Einsatz von Drohnen zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Ruanda, verfügen andere Staaten über kaum belastbare Gesundheitssysteme. So verfügt z. B. Zimbabwe landesweit über nur ca. 15 funktionierende Beatmungsgeräte. Abgesehen davon, haben weite Teile der Bevölkerung keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu medizinischen Einrichtungen. Besonders am Land fehlt es häufig an adäquater Sanitär- und Gesundheitsversorgung. Selbst wenn Informationskampagnen erfolgreich wären, macht es ein limitierter Zugang zu Wasser für viele Menschen schwierig, einfache Verhaltensregeln wie Händewaschen zu befolgen. Zusätzlich verschärfen Faktoren wie Mangelernährung, Grunderkrankungen (z. B. HIV, Tuberkulose, Malaria, Lassafieber) oder Ernteauffälle (z. B. durch Heuschrecken am Horn von Afrika) die Lage.

Mehrere Länder beschlossen bereits wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen. Ein sehr hoher Prozentsatz der Bevölkerung in Afrika ist allerdings im informellen Sektor der Wirtschaft tätig und/oder betreibt Subsistenzwirtschaft. Deshalb werden auch Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen oder das Schließen von Geschäften zum Eindämmen physischer Kontakte kaum Wirkung zeigen. In Krisen- und Konfliktgebieten, wo der Staat ohnehin nur über eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten verfügt und seine Autorität nicht im gesamten Staatsgebiet ausüben kann, dürfte ebenfalls die Versorgung der Bevölkerung äußerst schwierig werden.

Zudem wird soziale Sicherheit oft nicht durch den Staat, sondern durch die Familie oder religiöse Gruppen gewährleistet. Falls religiöse Führer nicht vermitteln, dass die Menschen zueinander physische Distanz halten sollen, werden die meisten

ihrer Anhänger dies auch nicht tun. Das Zusammenleben in großen Familien mit eingeschränktem Wohnraum wird die Lage zusätzlich zuspitzen.

Repressive Maßnahmen der Regierungen könnten zunehmen, indem z. B. Ausgangsverbote mit Gewalt durchgesetzt werden. Ein Vorgehen gegen Flüchtlinge, intern Vertriebene (IDPs), ethnische und andere Minderheiten oder soziale Randgruppen könnte die Situation verschärfen und die Zivilgesellschaft nahezu ausschalten.

Es gibt Befürchtungen, dass parlamentarisch eingeführte Zwangsmaßnahmen nach der Krise nicht wieder zurückgenommen werden. Lokale Eliten könnten versuchen, ihre Machtpositionen zu festigen oder ihre Amtsperioden zu verlängern. Ausgangs- und Versammlungsverbote werden aufgrund des fehlenden Vertrauens als Maßnahme gegen Protestbewegungen (wie in Algerien) wahrgenommen. Internationalen NGOs wird durch die Reisebeschränkungen ihre zivilgesellschaftliche Arbeit erschwert, das Engagement bei humanitärer Hilfe und im Internationalen Krisen- und Konfliktmanagement könnte sich deutlich verringern. Kontingentswechsel werden erschwert bzw. verschoben und verstärkt präventive Maßnahmen, wie eine Einschränkung physischer Kontakte, in den laufenden EU- und UN-Missionen eingeführt. Auch die Ausbildungsaktivitäten der EU-Trainingsmission in Mali wurden vorübergehend ausgesetzt. Ziel aller Missionen in Afrika ist es, die Ansteckungsgefahr für das Personal zu minimieren und zugleich essentielle Aufgaben, wie den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung, weiterhin zu gewährleisten. Inwieweit dies aufrechterhalten werden kann, werden die weitere Ausbreitung von COVID-19 und damit einhergehende Maßnahmen zeigen. Eine erste Infektion innerhalb von MINUSMA, der UN Mission in Mali, wurde bereits bestätigt.

Ableitungen

- Unvollständige Daten lassen auf fehlenden oder mangelnden Zugang zu staat-

lichen Institutionen bzw. auf institutionelles Versagen in Konfliktregionen schließen. Selbst Staaten, die Daten zur Verfügung stellen, haben vielfach nicht die Kontrolle über alle Landesteile. Dies gilt besonders für Staaten, in denen Rebellen oder terroristische Gruppierungen aktiv sind.

- Umfassende Grenzkontrollen sind in der Regel schwierig. Es ist kaum davon auszugehen, dass sich das jetzt ändern wird. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus in diesem Bereich sind daher nur so gut, wie die Grenzregime schon davor gewesen sind. Außerdem wird die Ausbreitung in Megacities mit einem hohen Anteil an informellen Siedlungen wie Lagos, Kairo oder Nairobi nur schwer einzudämmen sein. Daher ist von einer beträchtlichen Dunkelziffer bei Infektionen auszugehen. Zusätzlich wird die bereits begonnene Flucht von den Städten aufs Land die Verbreitung beschleunigen.
- Im Sahelraum könnten nomadische Gruppen das Virus verbreiten und Vorurteile gegen sie verstärken. Mit einer raschen Ausbreitung des Virus entlang klassischer Handels-/Migrationsrouten wird zudem ein Anstieg an Korruption, organisierter Kriminalität und Schmuggelaktivitäten einhergehen.
- Auswirkungen auf politische Systeme und Konflikte sind nicht abschätzbar. Allerdings dürften sowohl totalitäre Regime als auch demokratische Oppositionsbewegungen aus unterschiedlichen Gründen unter Druck geraten. Gesteigerte Gewalt könnte zu einem Anstieg an IDPs, Flüchtlingen und Migranten führen. Auswirkungen auf Österreich und die Europäische Union dürften sich allerdings erst mit einem gewissen Verzögerungseffekt zeigen.
- Politische Auswirkungen in Form von schlechteren Beziehungen mit afrikanischen Staaten zeichnen sich ab, weil afrikanischen Quellen zufolge einige

europäische Staaten versuchen, Gesundheitspersonal abzuwerben.

- Die weitere Ausbreitung des Virus in den Krisenregionen, aber auch innerhalb der Truppen stellenden Nationen und deren Personals, wird sich zunehmend nachteilig auf die Auftragserfüllung und Handlungsoptionen der laufenden EU- und UN-Missionen in Afrika auswirken. Auch Auswirkungen auf die *Status of Forces Agreements* (SOFA) sind möglich.

Gerald Hainzl, Nicole Gruber

Auswirkungen auf Friedenseinsätze Österreichs am Beispiel Afghanistan

Die Regierung der Islamischen Republik Afghanistan wird nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl 2019 faktisch von zwei Präsidenten geführt (Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah), ist tief gespalten und kaum handlungsfähig. Parallel dazu ist die Taliban-Bewegung aktiv, die „halbstaatliche Strukturen“ aufweist und als politischer Akteur in die Regierung drängt. Um COVID-19 zu bekämpfen, wurden vorerst für Kabul und Städte an der Grenze zum Iran eine Ausgangssperre verhängt und Desinfektionsteams aktiviert. Die Taliban haben in den von ihnen kontrollierten Regionen Aufklärungskampagnen gestartet, weil COVID-19 ihre Position bei möglichen innerafghanischen Friedensgesprächen schwächen könnte. Vorerst bleibt offen, ob COVID-19 für eine gewisse Annäherung der Konfliktparteien sorgen könnte, steht man doch einem „gemeinsamen Feind“ gegenüber. Mittlerweile wird kaum mehr am runden Tisch, sondern über Skype verhandelt.

Das Gesundheitssystem in Afghanistan ist durch den jahrzehntelangen Konflikt stark geschwächt. Die Fähigkeit des Landes, COVID-19 zu bekämpfen, ist daher gering.

Zudem ist die Arbeit im Gesundheitsbereich mit einem hohen Sicherheitsrisiko verbunden, was Maßnahmen erschwert. So wurden 2019 über 50 medizinische Fachkräfte getötet und viele mehr verletzt.

Bis 4.4. gab es 337 bestätigte Infektionen, die meisten davon in der Provinz Herat, die unmittelbar an den Iran grenzt. Diese niedrige Zahl zeigt den eklatanten Mangel an Testkapazitäten auf, die es aktuell nur in Kabul, sowie in Herat (Westen) und Nangarhar (Osten) gibt. Landesweit konnten bisher im besten Fall maximal 600 Tests pro Tag durchgeführt werden. Neue Testkits fehlen, weil die meisten Fluggesellschaften die Hauptstadt Kabul nicht mehr bedienen. Die Dunkelziffer der Infektionen dürfte somit deutlich höher liegen.

Auch der internationale Ausbildungs-, Trainings- und Beratungseinsatz *Resolute Support Mission* (RSM) der NATO, nach wie vor einer der größten Einsätze europäischer Truppensteller, ist bereits von COVID-19 betroffen. Das österreichische Kontingent, das in Kabul und Mazar-i Sharif stationiert ist, meldete bisher keine COVID-19-Fälle. Als erste Maßnahmen wurden die Ausbildungsaktivitäten für die afghanische Armee reduziert; Konferenzschaltungen werden verstärkt genutzt. Auch der Zugang zu Stützpunkten wird restriktiver gehandhabt.

Auswirkungen im regionalen Kontext

Vieles spricht für eine massive Ausbreitung von COVID-19 in Afghanistan. Vor allem in den Ballungszentren hat das Virus aufgrund der Menschenmassen und Großfamilien leichtes Spiel. Es fehlt zudem an Testmöglichkeiten und Budgets. Dazu kommt die kaum medizinisch kontrollierbare Rückkehr tausender Afghanen aus dem Iran und die massive Abhängigkeit von internationalen Gebern. Die Streichung von Hilfgeldern der USA in der Höhe von einer Mrd. USD im März 2020 wird den Kampf gegen COVID-19 zusätzlich erschweren.

Die Pandemie könnte kurz- bis mittelfristig ein „Einfrieren“ der Verhandlungen

zwischen den USA, den Taliban und der afghanischen Regierung bewirken und die militärische Pattsituation verlängern. Der bewaffnete Konflikt geht jedoch weiter. Seit Februar ist die Zahl sicherheitsrelevanter Vorfälle gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar zurückgegangen, ein angestrebter Waffenstillstand ist jedoch vorerst unwahrscheinlich. Speziell in Nordafghanistan finden Anschläge und bewaffnete Auseinandersetzungen nach wie vor statt. Dort und in vielen weiteren Regionen findet ein Machtkampf um den Opiumanbau statt, der Milizenführern und Taliban (unabhängig von COVID-19) lukrative Einnahmen bringt.

Das Abkommen von Doha vom Februar 2020 zwischen den USA und den Taliban sieht eine deutliche Reduzierung von US- und anderen internationalen Truppen vor. War der Rückzug bereits 2019 deutlich zu erkennen, so erfährt dieser Prozess nunmehr durch COVID-19 eine Beschleunigung. Die politische Agenda und die Interessen der Truppensteller haben sich wegen COVID-19 auf das Krisenmanagement im eigenen Land verlagert, was auch die Verteidigungsressorts bindet. Internationales Konfliktmanagement und Friedensprozesse sind dadurch vorerst ins Hintertreffen geraten – sowohl für die USA als auch für europäische Truppensteller.

Auswirkungen für Resolute Support

Eine Reduzierung von Truppen der RSM steht immer mehr zur Debatte, nicht zuletzt auch deshalb, weil das medizinische und damit auch politische Risiko durch COVID-19 gestiegen ist. So stehen etwa 1.500 Ende März in Kabul angekommene multinationale Soldaten, zivile Mitarbeiter und Vertragspersonal unter Quarantäne, was die Einsatzführung und Logistik deutlich erschwert. Die Finalisierung oder Weiterführung der RSM hängt jedoch – unabhängig von COVID-19 – eng mit der weiteren Präsenz der US-Truppen zusammen. Bereits Ende Februar 2020 beendeten die USA ihre *Operation Freedom's Sentinel* zur Terrorismusbekämpfung in Afghanistan, die parallel zur RSM im Einsatz stand.

Weitere Planungsparameter für das europäische Engagement sind die mögliche Umsetzung bzw. Absicherung des Doha-Abkommens der USA mit den Taliban und die Begleitung innerafghanischer Friedensverhandlungen, die unter Umständen mehr diplomatische, zivile und medizinische Kräfte erfordern werden.

Es wurde verlautbart, dass die RSM dem Auftrag auch mit deutlich weniger Personal nachkommen kann. Daher wird Deutschland bereits bis Sommer 2020 sein Kontingent (bisher max. 1.300 Soldaten) substantiell reduzieren. Auch eine Verlegung der Ausbildungsaktivitäten von Mazar-i Sharif nach Kabul wird angedacht, was österreichische Soldaten betreffen würde. COVID-19 dürfte Entscheidungen in diese Richtung beschleunigen.

Trotz der Rückzugsdynamiken ist nicht zu erwarten, dass die USA wegen COVID-19 ihre geopolitischen und geostrategischen Interessen und Basen in Afghanistan aufgeben werden. Eine Truppenreduktion steht dem nicht entgegen: Der Einsatz von Drohnen und Spezialkräften benötigt wenig Personal, weil die Bodenoperationen größtenteils von der afghanischen Armee durchgeführt werden. Die Kosten des längsten Krieges der USA sind dennoch enorm und werden seit 2001 mit bis zu zwei Billionen USD beziffert. US-Präsident Trump würde schon ein teilweiser Rückzug für seine mögliche Wiederwahl nützen.

Die Unsicherheiten über den Verbleib der USA in Afghanistan und COVID-19 haben wesentliche Auswirkungen auf das zukünftige Engagement europäischer Streitkräfte in Afghanistan, weil diese logistisch und sicherheitstechnisch auf die US-Truppen angewiesen sind und die Einsatzführung aller präsenten Akteure durch COVID-19 negativ beeinflusst wird. Trotzdem ist es aus europäischer Sicht auch in Zukunft wichtig, Afghanistan zivil und militärisch nicht im Stich zu lassen (z.B. wegen des Migrationsaspektes) und den Erhalt von Lebensgrundlagen für die Bevölkerung zu unterstützen.

Ableitungen für Österreichs Auslandsengagements im Bereich Resilienzaufbau

- Obwohl Unterstützungs-, Trainings-, Ausbildungs- und Beratungsmaßnahmen für lokale Sicherheitskräfte und staatliche Administrationen im internationalen Krisenmanagement immer relevanter werden (siehe neben Afghanistan z. B. die Missionen in Mali, im Libanon oder am Westbalkan), stehen Schutzmaßnahmen und die Erhaltung des Durchhaltevermögens der eigenen Soldaten wegen COVID-19 im Vordergrund. Es gilt somit, den Einsatzauftrag im Sinne des Mandates mit der Einsatzfähigkeit der Soldaten bestmöglich abzuwägen.
- Sowohl die Einsatzvorbereitung der Truppe als auch die Rückholmöglichkeiten sind an das neue pandemische Umfeld anzupassen. Lange Vor- und Nachlaufaufzeiten durch allfällige Quarantänemaßnahmen sind dabei einzukalkulieren. Das bedeutet auch, dass die intensivmedizinische Versorgung der Truppe im Hinblick auf COVID-19 umfassend sicherzustellen ist, um das Ansteckungsrisiko von allen Seiten (sowohl durch internationale als auch auszubildende Soldaten und die lokale Bevölkerung) so gering wie möglich zu halten. Es würde die Akzeptanz von Missionen massiv beeinträchtigen, würden internationale Soldaten das Virus weiterverbreiten (ähnliches war z. B. bereits in Haiti bei MINUSTAH der Fall). Die Akzeptanz der Mission könnte durch die Errichtung von COVID-19-Testzentren für lokale Streitkräfte, aber auch für die Bevölkerung vor Ort erhöht werden.
- Anpassungen bei Einsatzrotationen wären wegen COVID-19 zu prüfen, so z. B. auch bei der EUTM Mali. Auch eine Verlängerung bzw. Ausdehnung der Einsatzrotationen erscheint in diesem Kontext sinnvoll, um Reserven bilden und Positionen nachbesetzen zu können, sollten sich Soldaten vor Ort infizieren. Die zusätzliche Belastung für die Truppe ist dabei einzukalkulieren. Die Nutzung aller technologischen Möglichkeiten für Ausbildungs- und Beratungsaktivitäten auf taktischer Ebene, die in der Regel eine sehr enge Interaktion mit lokalen Streitkräften erfordern, sind zu verstärken.
- Für das ÖBH, das rund 800 Soldaten in 16 Auslandseinsätzen stationiert und weitere Reservekräfte für Friedensoperationen bereitzustellen hat, ergeben sich durch COVID-19 große Herausforderungen. Der Nachschub an Soldaten und Material ist durch coronabedingte Einschränkungen der Logistikketten deutlich erschwert. Laufende Inlandseinsätze und die Teilmobilmachung wegen COVID-19 ab Mai 2020 benötigen ebenfalls entsprechendes Personal und Ressourcen. Trotzdem ist beabsichtigt, Österreichs militärisches Auslandsengagement auf dem aktuellem Niveau zu halten.

Markus Gauster

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie



www.facebook.com/lvak.ifk